

Schwimmbausbildung | 20.05.2021 | Nr. 169/21

Barbara Ostmeier: TOP 24: Schwimloffensive bereits in Umsetzung

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Forderung, dass jedes Kind – eigentlich jede Bürgerin und jeder Bürger – in Schleswig-Holstein schwimmen können sollte, ist nur zu unterstützen und es gibt in diesem hohen Hause dazu sicher breiten Konsens.

In einem Land zwischen Nord- und Ostsee mit zahlreichen einladenden, frei zugänglichen Binnenseen sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Dass dem leider nicht so ist und dass es schon vor der Pandemie noch viel zu viele Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer in Schleswig-Holstein gab, ist ebenfalls bekannt. Die Pandemie hat die Situation noch einmal verschärft, auch das ist bekannt. Insofern spricht uns allen zumindest die Überschrift des Antrags der SPD aus dem Herzen.

Aber leider bedeutet Problem erkannt nicht immer Problem gebannt! Und so verhält es sich auch mit diesem Antrag! Statt einem inhaltlichen Ansatz zur Lösung des Problems fällt der SPD leider nur eine finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln nach dem Gießkannenprinzip für die Trägerinnen und Träger von öffentlichen und privaten Schwimmbädern ein.

Uns ist das zu wenig, denn die Herausforderung, Schleswig-Holstein zu einem Land der Schwimmerinnen und Schwimmer zu machen ist wesentlich komplexer. Das hat uns die ganztägige Anhörung im Innen und Rechtsausschuss Anfang März doch allen mehr als deutlich vor Augen geführt.

Insbesondere der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Schwimmverbands und der Vertreter der DLRG haben es mehr als klar formuliert: Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung von Schule, Eltern, Vereinen, Kommunen und Ministerien, um die eineinhalb Jahre verlorener Zeit für 30.000 Kinder im Land aufzuholen.

Unsere Innenministerin und alle relevanten Akteure sind inzwischen längst in der

Umsetzung einer konzentrierten Schwimloffensive. Durch zahlreiche sehr konkrete Maßnahmen hat diese Landesregierung bereits frühzeitig wichtige Weichen gestellt: 7,5 Mio. € jährlich für kommunale Schwimmstätten, seit Mitte März eine Öffnung für Schwimmunterricht, insbesondere an den Grundschulen in der Corona-Bekämpfungsverordnung und aktuell weitere Lockerungen zur zusätzlichen Nutzung von Freibädern sowie das zentrale Thema beim Sportland SH.

Immerhin gibt uns der Antrag der SPD die Gelegenheit, alle diese Initiativen noch einmal öffentlich zu darzustellen. In der Tat bedarf es aber offensichtlich noch mehr Öffentlichkeitsarbeit für die bestehenden Angebote und deswegen bitten wir die Landesregierung, schnellstmöglich mit Kommunen, Landessportverband, Schwimmsportverband und DLRG eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu starten. Wir brauchen jetzt jede Frau und jeden Mann, um das kurze Zeitfenster zu nutzen, in dem großflächig leerstehende Wasserflächen noch nicht für die Öffentlichkeit freigegeben sind. Das bietet die große Chance noch möglichst vielen Kindern eine Schwimmausbildung zu ermöglichen.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich bei unserer Bildungsministerin, Karin Prien, bedanken. Die landesweite Beteiligung der Grundschulen ist für den Erfolg dieses Projektes von essenzieller Bedeutung. Denn die Grundschulen sind der Ort, an dem wir wirklich jedes Kind erreichen können. Um die Menschen auch außerhalb von Schule und Vereinen zu erreichen, müssen wir zudem dringend die Anzahl der Kurse im Freizeitbereich erhöhen. Dafür müssen selbstverständlich qualifizierte Trainerinnen und Trainer in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Meines Wissens nach laufen bereits Gespräche der Landesregierung mit der DLRG und dem SHSV, inwiefern diese vorübergehend zur Verfügung gestellt werden können. Hierfür bitten wir die Landesregierung, bisher nicht genutzte Mittel aus dem Sportbereich entsprechend umzuschichten.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Trainer- und Rettungsschwimmausbildung sprechen, denn hier haben wir ebenfalls ein Defizit. Darum brauchen über den bestehenden Vorrang hinaus zusätzliche freie Wasserzeiten, um dieses bestehende Defizit schnellstmöglich aufzuholen. Einerseits für die Schwimmausbildung, andererseits die Sicherung unserer Strände und Seen in einem Sommer mit einer erhöhten Anzahl an Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern.

Flankierend bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das „Aktionsprogramm Aufholen“ auch für eine Schwimloffensive nutzbar zu machen. Für uns ist das Schwimmen eine Basisfähigkeit und wir sollten jedem Kind die Möglichkeit zuteilwerden lassen, diese zu erlernen. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Herausforderung der Integration.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, allein die Einforderung von Landesmitteln ist doch zu kurz gesprungen. Ich bitte daher um breite Unterstützung zu unserem Antrag. Die Gemeinschaft der Sportfachverbände hat Ihre Bereitschaft, dieses wichtige Thema gemeinsam anzugehen, bereits Anfang März im Ausschuss formuliert.

Vielen Dank!